

**ANT
WORTEN** 
AUF SALAFISMUS
Bayerns Netzwerk für
Prävention und Deradikalisierung

SACHSTANDS- BERICHT 2022

INHALT

Vorbemerkung	3
Konzept des Netzwerks	4
Zwei-Säulen-Modell	4
Ziele des Netzwerks	4
IMAG unter Leitung des Innenministeriums	6
Zivilgesellschaftliche Träger in Bayern	6
Prävention	8
Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks	8
Salafismusprävention im Bereich Schule und Bildung	10
Prävention im Bayerischen Sozialministerium	14
Prävention in Kommunen	18
Prävention in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit	20
Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug	21
Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe	23
Präventionsangebote des Verfassungsschutzes	23
Deradikalisierung	26
Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt	26
Fallzahlen	28
Beratungsstelle VPN	29
Deradikalisierung im Justizvollzug	29
Impressum	30

VORBEMERKUNG

Die seit 2015 in Deutschland und Europa verübten islamistisch motivierten Gewalttaten, Terroranschläge und Anschlagversuche demonstrieren die sicherheitspolitische Bedrohung, die der internationale islamistische Terrorismus für demokratische Staaten darstellt. Der Salafismus – eine der in Deutschland zahlenmäßig stärksten islamistischen Strömungen – ist ein sehr dynamisches und heterogenes Phänomen. Durch die zielgruppengerechte Propaganda kann der Salafismus eine hohe Anziehungskraft auf Jugendliche ausüben. Die salafistische Ideologie ist jedoch demokratiefeindlich sowie gewaltbefürwortend und entfaltet bei den Betroffenen eine desintegrative Wirkung. Zudem liefert der Salafismus den ideologischen Nährboden für die Beteiligung an terroristischen Aktivitäten oder Gruppierungen. Dieser Radikalisierungsprozess über den Kontakt zum salafistischen Milieu in den Jihadismus konnte in Deutschland bei der Mehrzahl der Sympathisantinnen und Sympathisanten islamistischer terroristischer Netzwerke festgestellt werden.

Neben dem sicherheitspolitisch notwendigen repressiven Bekämpfungsansatz ist ein ganzheitlicher präventiver Ansatz notwendig. Wir müssen Radikalisierung und Terrorismus den Nährboden entziehen, indem wir gezielt „Antworten auf Salafismus“ geben. Umfassende Präventionsarbeit bietet einen vielversprechenden Ansatz, um Radikalisierungsprozesse möglichst zu verhindern und unsere Gesellschaft immun zu machen gegen den Einfluss von Extremisten. Das ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Staat und Gesellschaft sind gemeinsam gefordert, die Entstehung und Ausbreitung von Extremismus zu verhindern. Dies schließt die Sicherheitsbehörden ebenso mit ein wie Bereiche der Bildungsarbeit, Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Kinder- und Jugendhilfe oder den Justiz- und Maßregelvollzug. Extremistische Ideologien wie der Salafismus dürfen keinen Platz in unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft haben.

Bayerisches Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus

Bayern arbeitet seit Sommer 2015 verstärkt ressortübergreifend in einem Netzwerk gegen Salafismus zusammen, das die Bereiche Prävention und Deradikalisierung systematisch abdeckt. An diesem umfassenden Ansatz sind das Innenministerium, das Justizministerium, das Kultusministerium und das Sozialministerium beteiligt. Darüber hinaus sind auch zivilgesellschaftliche Träger Partner des Netzwerks.

Das Netzwerk bietet im Internet unter **www.antworten-auf-salafismus.de** allen Interessierten und Betroffenen umfassende Informationen zum Thema Salafismus sowie eine breite Palette von Beratungs-, Unterstützungs- und Förderangeboten.

Seit seiner Gründung hat sich das Netzwerk stetig weiterentwickelt. Dabei wurde auch den Veränderungen sowohl innerhalb der salafistischen Szene als auch in der Präventionslandschaft Rechnung getragen. Anfangs standen vor allem die Vernetzung und gegenseitige Abstimmung der beteiligten Akteure sowie die Sensibilisierung von Fachkräften im Vordergrund. Heute gilt es, zielgruppenspezifische Maßnahmen mit jeweils aktuellen thematischen Schwerpunkten möglichst flächendeckend in Bayern anzubieten und zu verstetigen sowie bedarfsgerecht auf neue Entwicklungen zu reagieren. So lag der Fokus in den letzten Jahren u. a. auf der Bereitstellung von digitalen und jugendaffinen Angeboten im Bereich der Salafismusprävention, die auch künftig weiter ausgebaut werden sollen. Die unterschiedlichen Formate sollen möglichst die breite Bevölkerung ansprechen und sensibilisieren. Mit Themen wie Antisemitismus im Islamismus, Verschwörungstheorien im Islamismus oder Radikalisierung in Verbindung mit psychischen Auffälligkeiten haben sich neue Schwerpunkte in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit des Netzwerks entwickelt.

KONZEPT DES NETZWERKS

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus verbindet bestehende Präventionsmaßnahmen in den verschiedenen Ressorts miteinander, stimmt sie aufeinander ab und baut sie aus.

Zwei-Säulen-Modell

Das bayerische Beratungsangebot gegen Salafismus besteht aus zwei Säulen: Prävention und Deradikalisierung.

Ziele des Netzwerks sind:

- Aufklärung und Sensibilisierung
- Qualifizierung von Fachkräften
- Identifizierung potenzieller Radikalisierungs-sachverhalte
- Flächendeckende Präventions- und Deradikalisierungsangebote
- Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft
- Vernetzung verschiedenster Akteure vor Ort

Prävention

- Prävention setzt an, bevor eine Radikalisierung erkennbar ist.
- Sie richtet sich an alle gesellschaftlichen Gruppen.
- Hier greifen Maßnahmen der allgemeinen und spezifischen Prävention.

Deradikalisierung

- Sie erfolgt anlass- und personenbezogen im Falle eines Radikalisierungsprozesses bzw. einer bereits erfolgten Radikalisierung.
- Im Mittelpunkt stehen hier die Beratung von Angehörigen, Beratung und Begleitung von Betroffenen im frühen Stadium des Prozesses sowie Ausstiegshilfen für bereits radikalisierte Personen.
- Bei Verdacht auf Radikalisierung findet man hier Beratung und Hilfe.

Prävention

Präventionsmaßnahmen setzen bereits ohne einen konkreten Radikalisierungsverdacht an.

Allgemeine Prävention

Toleranz und Demokratiefähigkeit werden möglichst flächendeckend gestärkt. Gegenseitige Werte wie Akzeptanz und Respekt anderer Meinungen werden vermittelt (Werteerziehung). Diese Maßnahmen sind nicht phänomenspezifisch, wirken aber präventiv.

Spezifische Prävention

Relevante Berufsgruppen werden fachlich geschult, um tatsächliche Radikalisierungsprozesse möglichst früh zu erkennen und entsprechend handeln zu können. Dazu zählen: Lehrkräfte, Ausbildungsträger, soziale Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, Personal in Flüchtlingseinrichtungen oder bei der Justiz und Polizei. Diese Qualifizierung erfolgt im Rahmen von Beratungsgesprächen, Vorträgen und Schulungen. Zielgruppenspezifische Projekte dienen der Sensibilisierung und Kompetenzstärkung.

EIN ÜBERBLICK – DAS NETZWERK



StMI = Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration
 StMAS = Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
 StMJ = Bayerisches Staatsministerium der Justiz
 StMUK = Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
 LZ = Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
 BayLV = Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz
 BLKA = Bayerisches Landeskriminalamt
 ufug.de & Violence Prevention Network gGmbH = zivilgesellschaftliche Träger

ANT WORTEN AUF SALAFISMUS
 Bayerns Netzwerk für
 Prävention und Deradikalisierung

IMAG unter Leitung des Innenministeriums

Um die Maßnahmen zur Salafismus-Prävention in Bayern zu erweitern und miteinander zu vernetzen, hat das bayerische Kabinett eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) eingesetzt. Sie setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern mehrerer Staatsministerien und staatlicher Behörden zusammen. Dazu gehören:

- Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (Leitung der IMAG)
- Bayerisches Staatsministerium der Justiz
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
- Bayerisches Landeskriminalamt – Kompetenzzentrum für Deradikalisierung
- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz

Die IMAG stimmt die staatlichen Maßnahmen ressortübergreifend aufeinander ab. Zudem ist sie für die inhaltliche Steuerung und strategische Ausrichtung des gesamten Netzwerks zuständig. Sie verbindet die beiden Säulen Prävention und Deradikalisierung. Die IMAG trifft sich regelmäßig, um u. a. das weitere Vorgehen zu besprechen und neue Betätigungsfelder und Zielgruppen zu definieren. Als federführende Stelle ist das Innenministerium in Abstimmung mit den IMAG-Mitgliedern für die Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks verantwortlich.

Zivilgesellschaftliche Träger in Bayern

Oft wollen Betroffene sich mit Fragen und Ängsten nicht direkt an die Sicherheitsbehörden wenden. Um ihnen diese Hemmschwelle zu nehmen, aber auch um gezielt niedrigschwellige Beratungsangebote zur Verfügung zu stellen, kooperiert das Netzwerk mit zwei zivilgesellschaftlichen Trägern. Beide verfügen über jahrelange Erfahrung und ein fundiertes Wissen in der Prävention bzw. Deradikalisierung gegen Salafismus.



Violence
Prevention Network

Beratungsstelle von Violence Prevention Network gGmbH in Bayern

Im Bereich der Deradikalisierung arbeitet das im Bayerischen Landeskriminalamt eingerichtete Kompetenzzentrum für Deradikalisierung mit dem zivilgesellschaftlichen Träger **Violence Prevention Network gGmbH (VPN)** zusammen.

VPN unterhält in Bayern eine eigene Beratungsstelle mit Sitz in München. Im Rahmen des Doppelhaushalts 2019/2020 wurden die Finanzmittel für die Deradikalisierung erhöht, so dass seitdem insgesamt 1 Mio. Euro für die Deradikalisierung zur Verfügung stehen. Somit wurde die Zusammenarbeit mit VPN verstetigt. Die „**Beratungsstelle Bayern**“ arbeitet mit jungen Menschen, die islamistische Tendenzen aufweisen, in Kriegsgebiete ausreisen möchten mit dem Ziel am Jihad teilzunehmen oder aus Syrien bzw. dem Irak zurückkehren und sich in Haft befinden.

VPN ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Deradikalisierungsarbeit und Extremismusprävention tätig sind und sich durch hohe fachliche Kompetenz auszeichnen.

Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – ufuq.de

Im Bereich der Prävention hat das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) im Herbst 2015 eine landesweite **Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung** eingerichtet. Die Fachstelle in Trägerschaft des Vereins **ufuq.de** wird aus Bundes- und Landesmitteln finanziert. Sie setzt im Vorfeld einer Radikalisierung an und bietet pädagogische Hilfestellungen zum Umgang mit islamistischer Rhetorik, die jungen Menschen attraktive Angebote macht. Damit verfügt Bayern über einen beim StMAS angebotenen zivilgesellschaftlichen Träger im Bereich der allgemeinen Prävention.

Der Verein Ufuq e.V. (Bedeutung: arabisch „Horizont“/„Perspektive“) ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und hat sich bundesweit als Ansprechpartner für die pädagogische Praxis zu den Themen Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus etabliert. Dabei ist der Name des Vereins Programm: Bei allen Fragen und Konflikten, die sich zu diesen Themen im Alltag, in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Politik ergeben, geht es nicht in erster Linie darum, eine bestimmte Sichtweise zu vermitteln, sondern einen Raum zu schaffen, der den Austausch verschiedener Perspektiven fördert und dadurch neue Perspektiven eröffnet.

Die Fachstelle in Bayern bietet pädagogischen Fachkräften, Einrichtungen und weiteren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Fortbildungen zu den Themenfeldern Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus sowie zu Ansätzen der präventiven pädagogischen Arbeit an. Neben Jugendeinrichtungen oder Jugendverbänden können sich auch Schulen, religiöse Einrichtungen oder auch Behörden und Institutionen wie das Jobcenter mit Beratungs- und Fortbildungsanliegen an die Fachstelle wenden. Diese breit angelegte Vernetzung wird angestrebt, um Fachkräfte, die in ganz verschiedenen Bereichen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten, zu erreichen und mit präventionsrelevanten Angeboten zu unterstützen.

Des Weiteren bietet die Fachstelle an den Standorten Augsburg, Nürnberg, Regensburg und Würzburg Workshops für Jugendliche an, welche in Schulen und Jugendeinrichtungen umgesetzt werden. Hierfür bildet ufuq.de in einer mehrtätigen Ausbildung junge Menschen zu „Teamenden“ aus, in welcher sie zum einen das pädagogische Handwerkszeug für die Arbeit mit den Jugendlichen vermittelt bekommen und zum anderen themenspezifisches Hintergrundwissen zu den Workshops erhalten. Themenfelder der Workshops sind unter anderem: Wahrnehmung von Musliminnen und Muslimen, Diskriminierung und Empowerment, antimuslimischer Rassismus, Islamismus, Geschlechterrollen, Verschwörungstheorien und Digitale Medien.

Neben den Fortbildungen und Workshops bietet die Fachstelle darüber hinaus eine kostenfreie telefonische Erstberatungen für Fachkräfte bei herausfordernden Situationen im pädagogischen (Schul-)Alltag an.

PRÄVENTION

Die Vorbeugung oder Prävention ist wichtig im Kampf gegen extremistische Strömungen wie den Salafismus. Prävention hilft, Probleme zu vermeiden, bevor sie entstehen. So heißt es im Gesundheitsbereich: „Vorbeugen ist besser als heilen“. Bei der Bekämpfung von Extremismus gilt das gleiche Prinzip. Prävention macht Menschen immun gegen extremistische Botschaften. Sie verringert die Gefahr, dass Menschen sich z. B. dem Salafismus zuwenden und womöglich sich selbst oder andere gefährden.

In der Präventionsarbeit werden Jugendliche z. B. in Peer-to-Peer Workshops, Rollenspielen oder Medien- und Theaterprojekten zur Auseinandersetzung angeregt: mit ihrem Selbstbild, ihren Einstellungen, ihren Werten und ihrem Weltbild, ihrem Verständnis von Demokratie. Allgemeine Prävention stößt Entwicklungsprozesse an, stärkt Jugendliche in ihrem Selbstbewusstsein und macht sie damit weniger anfällig für Propaganda und Einflussnahme z. B. durch Salafisten. Maßnahmen der allgemeinen Prävention finden in erster Linie im Verantwortungsbereich des Kultus- und Sozialministeriums statt.

Salafismusprävention hängt eng mit der Stärkung unserer Demokratie zusammen. Junge Menschen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und unseres demokratischen Miteinanders. In Schulen und Jugendeinrichtungen sollen junge Menschen für problematische Entwicklungen und fragwürdige Angebote, insbesondere in den sozialen Medien, sensibilisiert werden und lernen, vereinfachte Vorstellungen und Weltbilder kritisch zu hinterfragen.

Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks

Unter dem Motto „Antworten auf Salafismus“ realisiert das Netzwerk unter Federführung des Innenministeriums mit verschiedenen aufeinander abgestimmten Maßnahmen und Projekten bayernweit eine Kampagne, um für das Thema Radikalisierung und Salafismus zu sensibilisieren und auf das Netzwerk, dessen Angebote und die jeweiligen Ansprechpartner aufmerksam zu machen.

■ Internetauftritt „Antworten auf Salafismus“:

Wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Präventionsarbeit sind auch die umfassende Information und Aufklärung über Salafismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen sowie das Aufzeigen von Hilfs- und Beratungsangeboten für all jene, die regelmäßig mit Jugendlichen zusammenarbeiten oder in Kontakt stehen. Die Internetplattform **www.antworten-auf-salafismus.de** gibt verlässliche Informationen über das Phänomen und verlinkt zu Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern. Zielgruppe der Internetplattform sind in erster Linie Behörden, interessierte Bürgerinnen und Bürger, Familie, Freunde sowie das soziale Umfeld von (gefährdeten) Jugendlichen, die auf der Suche nach Information und ggf. Unterstützung sind. Auf der Website steht außerdem umfangreiches Download-Material zur Verfügung. Die wichtigsten Informationen der Website sind auch in den Sprachen Englisch, Französisch, Türkisch, Arabisch und Russisch abrufbar. Im März 2020 wurde sie um neue, teils jugendaffine und interaktive Inhalte erweitert. Mit dem Quiz „Salafismus-Checker“ können Jugendliche und Fachkräfte ihr Wissen rund ums Thema Salafismus testen. Außerdem können zwei Radikalisierungsverläufe in Comic-Videos verfolgt werden, an deren Ende man sich entscheiden kann, wie am besten auf Anzeichen einer Radikalisierung reagiert werden sollte. Ein umfangreiches Salafismus-Lexikon bietet zudem eine Erklärung von salafistischen Begriffen und Symbolen sowie eine Übersicht der bekanntesten Personen und Organisationen der Szene.

■ „Schau hin!“ – Filmkampagne des Innenministeriums:

Seit Ende Januar 2022 läuft die Kampagne „Schau hin!“ des Bayerischen Innenministeriums zur niederschweligen Sensibilisierung einer breiten Zielgruppe für auffälliges und möglicherweise in eine Radikalisierung mündendes Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Mit sieben kurzen Videoclips sollen Berufs- und Gesellschaftsgruppen angesprochen werden, die regelmäßig



Regierungsbezirken Informationsveranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durchgeführt. Zielgruppen waren insbesondere die Mitarbeitenden der Regierungen, der Helferkreise sowie die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren, die Verantwortlichen für die Unterbringung von Flüchtlingen sowie die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Mittlerweile wurde das Angebot von Informationsveranstaltungen bayernweit in die Fläche getragen. Oft besteht im Nachgang einer solchen ersten Veranstaltung der Bedarf nach weiteren Veranstaltungen für spezifische Berufsgruppen und spezielle Themen. Diese werden vom Netzwerk im Rahmen sog. Multiplikatorenschulungen (siehe nächster Punkt) begleitet.

■ **Multiplikatorenschulungen (Aufklärung & Sensibilisierung von Fachkräften):**

Spezifische Präventionsmaßnahmen sollen Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei der frühzeitigen Erkennung von Radikalisierung und im Umgang mit radikalisierten Personen durch Sensibilisierung, Aufklärung und Praxisschulungen unterstützen. Die Netzwerkakteure führen in ganz Bayern Multiplikatorenschulungen durch, um möglichst flächendeckend für das Phänomen der Radikalisierung und dessen Hintergründe zu sensibilisieren und das Beratungs- und Unterstützungsangebot des Netzwerks und die jeweiligen Ansprechpersonen noch bekannter zu machen.

Zielgruppen dieser Veranstaltungen sind insbesondere

- Mitglieder der Regierungen
- Beteiligte der Helferkreise
- zuständige Personen für die Ehrenamtskoordination
- Verantwortliche für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe
- Polizei und Sicherheitspersonal
- Lehrkräfte
- Personal in Justizvollzugsanstalten, der Bewährungshilfe und des Maßregelvollzugs
- Personal in Bezirkskrankenhäusern

Das Netzwerk hat seit seiner Gründung über 50.000 Fachkräfte (vor allem Multiplikatorinnen und Multiplikatoren), Angehörige und Betroffene im Rahmen von Vorträgen, Veranstaltungen,

Fortbildungen und Beratungsleistungen erreicht. Das Bayerische Netzwerk präsentiert sich darüber hinaus einer breiten Öffentlichkeit bei Anlässen wie Messen, Tagen der offenen Tür und auf dem Deutschen Präventionstag sowie mit Beiträgen in Fachpublikationen.

■ **Fachtagungen und Vernetzungstreffen des Netzwerks:**

- Fachtag „Antworten auf Salafismus 2.0“ am 5. März 2020 zum Thema der Rolle von Internet und sozialer Medien für Radikalisierungsprozesse und Präventionsmaßnahmen
- Premierenfeier und Filmpreisverleihung als Abschluss des Filmwettbewerbs mit der Hochschule für Fernsehen und Film am 7. November 2017
- Vernetzungstreffen für die Projektträger im Bereich „Prävention“ am 26. Juli 2017 im StMAS
- Fachtagung zum Thema „Vorurteile, Stereotype und Konflikte in einer vielfältigen Gesellschaft – Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit muslimischen Kooperationspartnern“ am 2. und 3. März 2016 in Kooperation mit der Clearingstelle im BAMF
- Auftaktveranstaltung des „Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ am 1. und 2. Dezember 2015

Salafismusprävention im Bereich Schule und Bildung

Das kultusministerielle Konzept der Extremismusprävention im Allgemeinen und der Vorbeugung von Salafismus im Besonderen fußt nicht nur auf einer fundierten Werteerziehung und der fächerübergreifenden Vermittlung politischer Bildung an allen Schulen, sondern auch auf der Stärkung präadoleszenter Selbst- und Sozialkompetenz, der Aneignung von gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien und der Reflexion kultureller Vorprägungen. Flankiert wird dieses Konzept durch die Staatliche Schulberatung. Für jede Schule sind eine Schulpsychologin bzw. ein Schulpsychologe sowie eine Beratungslehrkraft zuständig. Bei Vorfällen, die in Zusammenhang mit Salafismus stehen, fungieren sie – neben dem pädagogischen Klassenteam und den Verbindungslehrkräften – als erste Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigte sowie Lehrkräfte. Insbesondere die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen

helfen durch geeignete Interventionen bei der Bewältigung von persönlichen Krisen. Zudem vermitteln sie weitergehende als auch spezifische Beratungsmöglichkeiten, beispielsweise die Radikalisierung Jugendlicher und junger Erwachsener betreffend. Auch bei Anliegen, die über die Einzelschule hinausgehen, können sich Ratsuchende an die spezialisierten Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Beratungslehrkräfte der neun Staatlichen Schulberatungsstellen in Bayern wenden (www.schulberatung.bayern.de).

Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz

Was religiös oder politisch motivierten Extremismus anbelangt, so stehen die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz – bei Bedarf – der gesamten bayerischen Schulfamilie zur Verfügung. Diese 25 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und Beratungslehrkräfte sind Expertinnen und Experten für verhaltensorientierte Extremismusprävention sowie anlassbezogene Intervention. Sie sind dienstlich an die neun Staatlichen Schulberatungsstellen angebounden, über die sie (auch vertraulich) konsultiert werden können. Ihr Portfolio umfasst individuelle Beratung, passgenaue Fallaufarbeitung, Informationsveranstaltungen sowie Workshops.

www.km.bayern.de/ministerium/institutionen/schulberatung/beratungsanlaesse/demokratie-und-toleranz-extremismuspraevention.html

Lehrerfortbildungen

In Bayern besteht ein bedarfs- und zielgruppengerechtes Angebot von Fortbildungsveranstaltungen auf allen Ebenen der Staatlichen Lehrerfortbildung: zentral (Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) Dillingen), regional (an den neun Staatlichen Schulberatungsstellen sowie im Bereich der Ministerialbeauftragten und Regierung), lokal (an den Staatlichen Schulämtern) und schulintern (SCHILF). Ergänzt wird dieses Angebot durch Fortbildungen externer Anbieter.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) erarbeitet im Zweijahresrhythmus ein Schwerpunktprogramm für die Lehrerfortbildung, das als Orientierungsrahmen dient und diejenigen Themen festlegt, die in der Staatlichen Lehrerfortbildung auf allen Ebenen bevorzugt zu berücksichtigen sind. Unabhängig von konkreten Fächern oder Jahrgangsstufen wird dem Themenfeld Extremismus eine hohe Bedeutung beigemessen. Im aktuellen Schwerpunktprogramm der Jahre 2021/2022 sind etwa unter dem Schwerpunkt „Persönlichkeitsbildung und Soziales Lernen“ die Aspekte „Politische Bildung“, „Demokratieerziehung“, „Gewaltprävention“, „Werteerziehung“ sowie „interkulturelles und interreligiöses Lernen“ aufgelistet. Das Schwerpunktprogramm 2023/2024 wird diese Themen nicht nur fort-schreiben, sondern auch einen zusätzlichen Fokus auf „Ethische Bildung“ legen.

Was machen die Regionalbeauftragten genau?

Die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz sind Schulpsychologinnen, Schulpsychologen oder Beratungslehrkräfte, die speziell im Bereich des politischen Extremismus, Salafismus sowie Antisemitismus geschult sind und den aktuellen Erfordernissen entsprechend weiterqualifiziert werden. Im Zuge ihrer Präventionsarbeit an den Schulen entwickeln und realisieren sie Beratungsszenarien mit betroffenen Jugendlichen, Lehrkräften als auch Erziehungsberechtigten. Sie initiieren Gespräche, Diskussionen und Schulentwicklungsprozesse, begleiten diese und beziehen gegebenenfalls geeignete (außerschulische) Experten und Netzwerkpartner mit ein. Dabei stehen u. a. Handlungsstrategien im praktischen Umgang mit dem Phänomen „Salafismus“ im Fokus. Die Bearbeitung solcher Vorfälle erfolgt immer unter pädagogischen und psychologischen Prämissen, so dass weniger von der Erscheinungsform des jeweiligen Extremismus ausgegangen wird, sondern vielmehr von den devianten Verhaltensmustern des bzw. der Jugendlichen. Dank dieses Ansatzes gelingt es, deren Ursachen zu klären und resozialisierende Weichenstellungen vorzunehmen. Ihre praxisnahen als auch theoretischen Kenntnisse lassen die Regionalbeauftragten kontinuierlich in Schülerworkshops, Elternabende und Lehrerfortbildungen einfließen.

Beispiel für Fortbildungsangebote auf zentraler Ebene:

- an der ALP Dillingen: eSession „Extremismus im Netz“ (24.01.2022)

Beispiele für Fortbildungsangebote auf regionaler Ebene:

- an den 9 Staatlichen Schulberatungsstellen: „Politischer und religiöser Extremismus an Schulen***ein offenes Angebot zur Prävention“ (Staatliche Schulberatungsstelle Oberbayern West, 01.03.-30.12.2022)
- im Bereich der Ministerialbeauftragten und Regierungen: „Geschichte/Politik und Gesellschaft – Was tun bei Rassismus, Verschwörung und Extremismus im Klassenzimmer?“ (Ministerialbeauftragter für die Fachober- u. Berufsober-schulen in Nordbayern 05.07.2022)

Beispiel für Fortbildungsangebote auf lokaler Ebene:

- an den Staatlichen Schulämtern: eSession „Digitale Schule 4.0: Problematische Inhalte im Netz“ (Staatliches Schulamt Landshut, 24.03.2022)

Bayernweit finden regelmäßig Lehrerfortbildungen statt, die sich mit dem Phänomen Salafismus auseinandersetzen. Es handelt sich dabei vornehmlich um Kooperationsveranstaltungen der Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz und weiteren Partnern des Netzwerks. Diese Fortbildungen richten sich einerseits an die Lehrkräfte aller Schularten, andererseits an Referendarinnen, Referendare und Lehramtsstudierende.

Gemeinsam mit der ALP Dillingen zeichnet das StMUK seit 2015 für die jährlich stattfindende Fachtagung der Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz verantwortlich. Mit dieser einwöchigen Fortbildungsmaßnahme wird auf die wachsende Bedrohung für Jugendlichen u. a. durch salafistische Strömungen reagiert. Zusätzlich werden die Regionalbeauftragten ständig coached und wissenschaftlich begleitet. So können sie die Schülerinnen und Schüler noch besser in einer fundierten sowie reflektierten Auseinander-

setzung mit dem Themenbereich Salafismus unterstützen und etwaige Radikalisierungstendenzen nicht nur erkennen, sondern auch brechen.

Wahlpflichtfach Islamischer Unterricht

Einen Beitrag zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Weltreligion des Islam leistet das seit dem Schuljahr 2021/2022 als Regelangebot eingerichtete Wahlpflichtfach Islamischer Unterricht.

Die Staatsregierung hat den Islamischen Unterricht als Wahlpflichtfach und damit als Alternative zu Ethik in den Fächerkanon der bayerischen Schulen eingeführt, um muslimischen Schülerinnen und Schülern ein Angebot zu ermöglichen, das auf ihren spezifischen kulturellen sowie religiösen Hintergrund eingeht. Der Islamische Unterricht, der sich nicht nur an den sittlichen Grundsätzen der Verfassung und des Grundgesetzes orientiert, sondern auch die Pluralität der Bekenntnisse und Weltanschauungen berücksichtigt, dient der Erziehung junger Menschen zu werteeinsichtigem Urteilen und Handeln. Das Wahlpflichtfach beruht auf einem entkonfessionalisierten Konzept, das islamkundliche Inhalte mit Wertebildung verbindet. Es findet also keine Erziehung zum Glauben statt.

Somit ist der Islamische Unterricht ein Angebot zur Persönlichkeitsbildung, das muslimischen Kindern und Jugendlichen dabei hilft, sich bewusst mit dem Thema Religion zu beschäftigen. Den Schülerinnen und Schülern wird sowohl authentisches als auch zuverlässiges Wissen über Inhalte des Islam vermittelt. Ferner werden ihnen mögliche Antworten auf existenzielle Fragen aufgezeigt. Alles in allem sehen sie sich wertgeschätzt. Dadurch werden muslimische Schülerinnen und Schüler besser in die Lage versetzt, sich in andere Menschen hineinzusetzen und deren Sichtweise zu akzeptieren. Die systematische Einbeziehung ethischer, interreligiöser sowie persönlichkeitsbildender Aspekte stellt also ein wichtiges Gegengewicht zu einseitiger bzw. fundamentalistischer Indoktrination dar. Der Unterricht ist zudem förderlich für die Bildung von Werten: Muslimische Jugendliche können entdecken, dass die modernen Menschenrechte und die Grundwerte der europäischen Demokratien nicht im Widerspruch zur islamischen Glau-

benslehre stehen müssen. Schließlich trägt der Islamische Unterricht zur gesellschaftlichen Integration bei, indem die jungen Leute Zugehörigkeit zur Schulgemeinschaft und im weiteren Sinne zur Gesamtgesellschaft erleben.

Als Regelunterricht befindet sich der Islamische Unterricht im Auf- und Ausbau. Im Schuljahr 2021/2022 haben circa 17.500 Schülerinnen und Schüler an rund 370 Schulen daran teilgenommen. Ein weiterer Aufwuchs des Islamischen Unterrichts ist beabsichtigt.



Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) beteiligen sich derzeit 792 bayerische Schulen (Stand 23.09.2022). Voraussetzung für die Teilnahme ist das schriftliche Bekenntnis der ganzen Schulfamilie, sich aktiv gegen Diskriminierung, Mobbing sowie Gewalt einzusetzen, präventiv themenrelevante Projekt-tage durchzuführen und im Anlassfall sofort zu intervenieren. Dadurch soll ein wichtiger Beitrag zum offenen und respektvollen Umgang miteinander im Schulalltag geleistet werden. In Bayern liegt die Koordination für dieses u. a. vom Bund geförderte Projekt beim Bayerischen Jugendring K.d.ö.R. (BJR), der auf dem Gebiet der Jugendarbeit mit der Wahrnehmung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe betraut ist (www.schule-ohne-rassismus.org/netzwerk).

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ) unterstützt insbesondere junge Menschen in ihrer Bereitschaft, empathisch und couragiert am staatsbürgerlichen als auch gesellschaftlichen Miteinander teilzunehmen, extremistischen Anschauungen in jeglicher Form argumentativ entgegenzutreten und sich für Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit aktiv einzusetzen. Der Wertebildung kommt im Bereich der Primärprävention eine Schlüsselrolle zu, wenn es darum geht, als Basis einer freien Gesellschaft einen gemeinsamen Wertekanon zu finden und Grundpfeiler demokratischen Gedankengutes zu

festigen. Im Rahmen unterschiedlicher Formate – von einem Wertereisekoffer für die Grundschule bis hin zu Workshops mit der Bildungsinitiative GermanDream – werden Kinder und Jugendliche dazu ermutigt, über Wertvorstellungen nachzudenken, darüber zu diskutieren und Demokratie als ihr Schutz- und Umsetzungsinstrument wahrzunehmen.

Die Aufklärung über extremistische Äußerungen, die gerade im Internet und in den sozialen Netzwerken zunehmen, ist der BLZ ebenso ein großes Anliegen. So produziert sie im Rahmen ihres Videoformats „ganz konkret“ Videos, die sich direkt an Jugendliche richten und über themenspezifische Phänomene wie etwa Extremismus in den sozialen Medien aufklären. Darüber hinaus erstellt die BLZ begleitende Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, die relevante Hintergrundinformationen liefern und einen Einsatz der Videos im Unterricht erleichtern (www.blz.bayern.de/zeit-fuer-politik-archiv.html). Die Workshop-Reihe mit dem Titel „Hass 2.0“ wiederum ist nicht nur an Lehrkräfte, sondern auch an Schülerinnen und Schüler gerichtet. Sie informiert darüber, wie Extremisten soziale Medien nutzen, um Jugendliche zu erreichen. Zudem wird seit dem Schuljahr 2020/21 ein bayernweites Argumentationstraining durchgeführt, das Schülerinnen und Schülern Wege aufzeigt, extremistischen Positionen sowohl selbstbewusst als auch gezielt zu begegnen (www.profilzeigen.de). Des Weiteren sensibilisiert die BLZ spielerisch im Hinblick auf die Methoden der digitalen Beeinflussung. So macht etwa das Game „Augen auf!“ Manipulationsversuche sowie Anwerbestrategien gegenüber Jugendlichen in den sozialen Medien bewusst. Zahlreiche Unterrichtsmaterialien unterstützen Lehrkräfte dabei, die Themenfelder Salafismus und Populismus nachhaltig im Unterricht zu behandeln (z. B. der Materialschuber „ismus.elementar“, der in Zusammenarbeit mit dem BayLfV, der BIGE und ufuq konzipiert wurde). Außerdem informiert die BLZ selbst in thematisch zugeschnittenen Publikationen auch über phänomenübergreifende Aspekte (siehe u. a. das Themenheft „Einsichten und Perspektiven“: Antisemitismus). Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter:

www.blz.bayern.de

Prävention im Bayerischen Sozialministerium

Im Rahmen der Radikalisierungsprävention sind im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) unterschiedlichste, zielgruppenspezifische Angebote vorzufinden, die kontinuierlich fortentwickelt werden.

Dazu wurde beispielweise beim Bayerischen Landesjugendamt-BLJA die Webseite www.blja.bayern.de/koora/Koora.php eingerichtet, um die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen und die Kooperation mit den Sicherheitsbehörden sowie den spezialisierten Fachstellen in Bayern zu stärken. Auf der Webseite sind zu den einzelnen Phänomenbereichen, darunter auch Islamismus, wichtige Ansprechpersonen, Beratungsstellen, Informationen und Weiterbildungsmöglichkeiten in Bayern zu finden.

Des Weiteren fördert das StMAS zur Radikalisierungsprävention bayernweit zielgruppenspezifische Maßnahmen und Projekte:

YouthBridge: Jugend baut Brücken München

Im Projekt „YouthBridge: Jugend baut Brücken München“ (www.youthbridge.eu) werden Jugendliche aus verschiedenen Communities (z. B. jüdische, muslimische, christliche Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten) zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet, die anschließend in ihren Communities als Vorbilder wirken sollen. Im Rahmen des Projektes beschäftigen sich die Jugendlichen mit der Frage: Wie wollen wir gemeinsam in dieser Stadt leben und ihre Zukunft gestalten? Junge Menschen, die Brücken bauen und sich damit gleichzeitig gegen Rassismus, Radikalisierung und Antisemitismus einsetzen, durchlaufen das Ausbildungsprogramm der Europäischen Janusz Korczak Akademie in München.



Radikal im Netz- Extremismus-Prävention und digitale Medien

Extremistische Gruppierungen sprechen gezielt Jugendliche an, um sie für ihre demokratiefeindlichen Ideen zu gewinnen. Dazu nutzen sie soziale Netzwerke wie YouTube oder TikTok und Messenger-Dienste wie z. B. Telegram. Auch Suchmaschinen, Videospiele und Kommentarspalten sind beliebte Sprachrohre für extremistische Narrative.

Zudem nutzen Extremisten Fake News, um die Meinung von Jugendlichen zu beeinflussen und sie für radikale Ideen empfänglich zu machen.

Jugendliche müssen daher gestärkt und befähigt werden, extremistische Ideen als solche zu erkennen und zu hinterfragen. Dazu gehört auch die Förderung von Medienkompetenz, gerade die Informationskompetenz und Quellenkritik sind hierbei essentiell. Heranwachsende müssen verstehen, dass hinter lustigen Videochannels und viralen Kampagnen Stimmungsmache und sogar eine Rekrutierungsabsicht radikaler Gruppierungen stecken kann.

Ziel des Projektes ist, präventiv einer Radikalisierung Jugendlicher entgegenzuwirken. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sollen für ihre Arbeit mit jungen Menschen geschult, sensibilisiert und damit befähigt werden, extremistische Botschaften im Netz einzuordnen und mit Jugendlichen zu diesem Thema zu arbeiten. Hierzu benötigen sie neben grundlegendem Wissen zu Radikalisierungsprozessen auch konkrete Einblicke in die digitale Welt. Projektträger ist die Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Bayern e.V. (aj).



**Aktion Jugendschutz
Landesarbeitsstelle Bayern e.V.**

MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg

Das Projekt „MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg“ gibt Musliminnen und Muslimen in schwierigen Lebenssituationen den Rückhalt, der durch den Wandel traditioneller Strukturen häufig verloren geht – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Qualifizierte und flächendeckende Angebote sollen außerdem salafistischer Propaganda und Agitation vorbeugen. Bei MUSA handelt es sich nicht um klassische Seelsorge wie sie beispielsweise im Auftrag der christlichen Kirchen auf der Grundlage des christlichen Welt- und Menschenbilds angeboten wird. Der Schwerpunkt von MUSA liegt vielmehr in der Begleitung und Betreuung von Menschen in existentiellen Krisen und Umbruchphasen, insbesondere dort, wo Menschen entsprechenden Beistand benötigen, wie z. B. in der Krisenintervention, Flüchtlingshilfe oder in Justizvollzugsanstalten.

Bis zum Jahr 2021 konnten insgesamt 75 ehrenamtliche Seelsorgerinnen und Seelsorger qualifiziert werden. Die ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Musa werden bayernweit eingesetzt und haben in den letzten Jahren rund 3.900 Einsätze jährlich geleistet.

Die Arbeit der MUSA-Seelsorgerinnen und Seelsorger wurde u. a. mit der Verleihung des Integrationspreises der Regierung von Schwaben im Jahr 2015 geehrt.



W O M E N W I T H O U T B O R D E R S

CHANGE THE WORLD

MotherSchools

Mit dem Projekt „MotherSchools: Parenting for Peace“ wird der Fokus auf das wichtige familiäre Umfeld von jungen Menschen gelegt. Mütter sind wichtige Anker, um der Gefährdung von jungen Menschen entgegenzutreten zu können. Im familiären Umfeld wird eine Veränderung des jungen Menschen oft als erstes erkannt. Daher müssen Mütter besonders sensibilisiert und befähigt werden, ihr Wissen über Radikalisierung und die Gefahren durch Salafisten an andere Mütter weiterzugeben. Hier setzen die sogenannten MotherSchools von Frauen ohne Grenzen (Wien) an.

Zielgruppe sind Mütter mit und ohne Migrationshintergrund von Jugendlichen ab 12 Jahren und jungen Erwachsenen in bestehenden Communities mit patriarchalen Strukturen, aber auch geflüchtete Frauen.

In den 10-wöchigen Workshops der MotherSchools lernen Mütter, in ihren Familien und Gemeinschaften aufmerksam zu sein und gemeinsam Schritte gegen Radikalisierung zu setzen. Die Mütter erarbeiten sich mit Hilfe ausgebildeter Lehrerinnen Strategien, um mit ihrem Nachwuchs in der Pubertät im Gespräch zu bleiben, lernen Fakten über die psychosoziale Entwicklung von Kindern, Kommunikations- und Konfliktarbeit, erarbeiten sich push- und pull-Faktoren, aber auch den Wert von Netzwerkarbeit.

Die Pilotphase startete 2017 mit vier Standorten in Unterfranken. Nach zwei erfolgreichen Durchläufen konnten die MotherSchools an den neuen Standorten in Augsburg, Nürnberg, Passau und Regensburg durchgeführt werden.

Um den Fokus auf das familiäre Umfeld weiter zu verstärken, werden auch zunehmend die Väter in das Projekt konzept integriert. In Aschaffenburg und Erlenbach am Main starteten daher 2019 die deutschlandweit ersten „FatherSchools: Men included in Parenting for Peace“. Für 2022 konnte ein neuer Standort der FatherSchools in Regensburg aufgebaut werden.

ReMind – zuhören, verstehen, sicher handeln

Das Projekt ReMind bietet ein Fortbildungsangebot zur Vermittlung von psychologischen und lebensweltlichen Kenntnissen von Personen mit Migrationshintergrund für therapeutisch und psychologisch beratende

Fachkräfte, wie Psychologinnen und Psychologen, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, an. Die Teilnehmenden werden in Fortbildungsveranstaltungen mit Workshop-Charakter sensibilisiert und zur Selbstreflexion ermutigt, damit sie authentisch und mit dem notwendigen Wissen und Können auf die Bedürfnisse der Klientinnen und Klienten eingehen können und diese in ihrer Mündigkeit stärken können. Durch die Sensibilisierung in der Fortbildung soll erreicht werden, dass die Fachkräfte mögliche Radikalisierungstendenzen der Klientinnen und Klienten erkennen und entsprechend gegensteuern.

Zudem werden in Rollenspielen Situationen aus dem Berufsalltag der Teilnehmenden aufgegriffen und dabei Handlungsoptionen diskutiert und erprobt. Das eigene Denken, Fühlen und Handeln wird hinterfragt und analysiert mit dem Ziel, Probleme zu erkennen und Veränderungen zu schaffen. Da der Praxisbezug im Vordergrund steht, werden sowohl eigene als auch vorgeschlagene Fallbeispiele eingebunden.

Am Ende der zweitägigen Fortbildungsveranstaltung erhalten die Teilnehmenden ein Toolkit zugesandt mit weiteren Informationen (Leitfaden zur Selbstreflexion, Fallbeispiele, Rollenspiele, etc.) und Kontaktmöglichkeiten.



Prävention in Kommunen

Die kommunale Ebene spielt eine zentrale Rolle in der Präventionsarbeit. Mithilfe von kommunalen präventiven Netzwerken, die sich mit dem Phänomen des Salafismus auseinandersetzen, können Gesamtkonzepte für die spezifische Situation vor Ort (weiter-)entwickelt werden. In solche kommunalen Präventionsnetzwerke sollen alle eingebunden werden, die einen direkten Zugang zu gefährdeten Gruppen haben. Polizei, Jugend- und Sozialarbeit sind in ständigem Austausch und bilden damit vor Ort eine wichtige Schnittstelle zwischen Prävention und Sicherheit.

Im Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus fördert das StMAS den Aufbau präventiver kommunaler Netzwerke. Derzeit existieren drei kommunale Modellprojekte: Augsburg, Nürnberg und Würzburg. Mit bereits bestehenden Netzwerkstrukturen – wie jenen der Landeshauptstadt München – erfolgt, losgelöst von der Errichtung neuer Strukturen, eine Zusammenarbeit mit den landesweiten Beratungsangeboten wie der beim StMAS angesiedelten Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – **ufuq.de**, die Einrichtungen der Bildungs- und Jugendarbeit, kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure im pädagogischen Umgang mit demokratie- und freiheitsfeindlichen Einstellungen informiert und berät.



Augsburg

Das Projekt „Aufbau von kleinräumigen Netzwerken in Augsburg zur Prävention von Salafismus“ startete am 1. September 2016. Sein vorrangiges Ziel ist die Vernetzung in kleinräumigen Bezirken. Denn in kleinen Einheiten ist es einfacher, eine vertrauensvolle Verständigung und Zusammenarbeit aufzubauen. So können sich die beteiligten Akteure besser mit dem Netzwerk identifizieren.

Informations- und Fortbildungsmaßnahmen klären über religiös begründete Radikalisierung auf und bei regelmäßigen Treffen werden gegenseitige Vorurteile abgebaut. Durch eine aktive Öffentlichkeits- und Medienarbeit werden gesellschaftliche Diskurse in diesem sehr emotionalen Themenfeld versachlicht.

NÜRNBERG HÄLT ZUSAMMEN

Nürnberg

Das Nürnberger „Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung“ startete am 1. Juni 2016. Es bündelt die bestehenden Beratungs- und Präventionsangebote im Bereich Salafismus in Nürnberg. Außerdem identifiziert es Ressourcen und Defizite, gewinnt Partner und entwickelt konkrete Projekte zur Sensibilisierung und Prävention.

Zur Zielgruppe zählen junge Menschen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, religiöse und soziale Bezugspersonen. Die Gesamtkoordination erfolgt im städtischen Menschenrechtsbüro. Dies sichert einen breiten Zugang zu den wichtigen Akteuren in diesem Themenfeld.

Die in unterschiedlichsten Formaten etablierte Netzwerkarbeit richtet sich an professionelle und ehrenamtliche Engagierte aus den Bereichen Jugendarbeit und soziale Arbeit mit Geflüchteten, Akteure aus den Bereichen Bildung und Sicherheit sowie aus muslimischen Gemeinden und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen mit dem Ziel des Kennenlernens, des fachlichem Austauschs und dem Aufbau breiter Allianzen. Das Netzwerk koordiniert zudem die von der Fachstelle ufuq.de am Standort Nürnberg ausgebildeten „Teamenden“ des Workshop-Projekts „Wie wollen wir leben?“, die wertvolle Partner des Präventionsnetzwerkes in der Arbeit mit Jugendlichen sind.



Würzburg

Das 2017 gegründete interkommunale Präventionsnetzwerk Radikalisierung Würzburg macht es sich zur Aufgabe, sich ausgehend von aktuellen Entwicklungen im gesellschaftlichen wie politischen Kontext mit seinen interdisziplinären Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartnern gegen jede Form von Extremismus und für ein demokratisches Miteinander stark zu machen. Ziel des Netzwerks ist es, vor Ort geeignete präventive Maßnahmen und Angebote zu implementieren, um dadurch ein höheres Maß an vertrauensvollem Zusammenleben in den Sozialräumen und Wohnquartieren zu erreichen. Dabei werden neben den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern des Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus und aus anderen Phänomenbereichen auch die Akteure der aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten, bei der Stadt Würzburg angesiedelten Partnerschaft für Demokratie (Pfd) eng in die Netzwerkarbeit eingebunden.

Prävention in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit

Flüchtlinge sind eine wichtige Zielgruppe in der Präventionsarbeit. Sie haben oft Schreckliches erlebt, sind unsicher und orientierungslos, wenn sie in Deutschland ankommen. Deshalb können sie für salafistische Propaganda unter Umständen empfänglich sein. Andererseits sind viele Flüchtlinge selbst vor jihadistischem Terror geflohen. An diese Menschen und an jene, die sie betreuen, richtet sich die Präventionsarbeit.

Hilfe für Fachkräfte & Ehrenamtliche

Was ist Kultur? Was ist noch „normale“ Religionsausübung und wo beginnt der Salafismus? Solche Fragen sind leicht gestellt, aber schwer zu beantworten. Viele Fachkräfte, die in der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung arbeiten, sowie ehrenamtliche Helfer sind damit überfordert.

Das Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus bietet Fortbildungs- und Informationsmaßnahmen zu folgenden Themen:

- Islam
- Umgang mit patriarchalen Strukturen
- Salafismus
- Radikalisierung

Im Folgenden werden Projekte im Bereich der Integrations- und Flüchtlingsarbeit vorgestellt.

ReThink

Das von der „Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND Prevention)“ entwickelte und von der Bayerischen Staatsregierung geförderte Projekt „ReThink“ wird in bayerischen Bildungseinrichtungen (schulisch und außerschulisch) angeboten und richtet sich speziell an Jugendliche mit eigener Migrations- und/oder Fluchterfahrung. Ziel des Projektes ist es, mithilfe theaterpädagogischer Rollenspiele die Teilnehmenden zu kritischem Denken und zur Reflexion der eigenen kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Prägung anzuregen. Die Rollenspiele dienen unter anderem dazu, Jugendliche gegen salafistische Anwerbeversuche stark zu machen, indem sie über ihre Werte, Einstellungen und Meinungen zu den Themen Gleichberechtigung, Männlichkeitskonzept, Islamverständnis und Antisemitismus diskutieren, sie in Frage stellen, Ängste abbauen und neue Denkanstöße auch in ihre Peergroups und Familien mitnehmen.

Die Workshops werden von einem Team aus drei bis vier Personen (pädagogische Fachkräfte, Jugendliche, Psychologinnen und Psychologen), die selbst Musliminnen und Muslime sind und einen Migrationshintergrund haben, durchgeführt, derzeit an Berufsintegrationsklassen in ganz Bayern.

Bei rund 48 Workshops und rund 730 Teilnehmern pro Jahr hat das „ReThink“-Projekt eine große Reichweite. ReThink ist ein kooperatives Angebot des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.



**RE
THINK**

FREIHEIT BEGINNT IM KOPF

Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug

Der bayerische Justizvollzug stellt sich seit jeher entschlossen den Herausforderungen bei der Bekämpfung von Extremismus und Verhinderung von extremistischen Radikalisierungsversuchen gleich welcher Art. Innerhalb der Justizvollzugsanstalten leisten sämtliche Berufsgruppen wertvolle Beiträge im Sinne eines vernetzten Zusammenwirkens gegen islamistische bzw. salafistische Strukturen.

Den Herausforderungen, die mit Radikalisierungsprozessen und extremistischen Entwicklungen verbunden sind, begegnet der bayerische Justizvollzug mit folgenden Maßnahmen:

Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus

Die „Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus“ war bei ihrer Einrichtung im Jahr 2015 zunächst im Bayerischen Staatsministerium der Justiz (StMJ) angesiedelt. Zur gezielten Unterstützung und Förderung der Extremismusbekämpfung in den Justizvollzugsanstalten wurde die Zentralstelle auf alle Extremismusformen sowie um eine operative Einheit (Operative Einheit Extremismusbekämpfung – OpEE) erweitert und ist nun als „Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus (ZKE)“ an der Justizvollzugsanstalt Nürnberg angesiedelt.

Von dort werden die Justizvollzugsanstalten im Umgang mit extremistischen Gefangenen unterstützt, z. B. durch Bewertung von Schriftstücken oder Äußerungen, Fortentwicklung der jeweiligen Task Force Extremismus vor Ort, Ausbau der Lessons Learned Seminare, Unterstützung und Ausbau frühpräventiver Projekte und Unterstützung der Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit. Darüber hinaus unterstützt die Koordinierungsstelle sowohl die kriminologische Forschung als auch die Fortbildung der Bediensteten zum Themenbereich Extremismusprävention im Bereich des Justizvollzugs und steht im Austausch mit relevanten nationalen und internationalen Stellen.

Die Weiterentwicklung der Gesamtkonzeption der Extremismusbekämpfung ist künftig eine gemeinsame Aufgabe der Vollzugsabteilung des StMJ und der Koordinierungsstelle.

Einsatz von Extremismusbekämpfungsbeauftragten

In den bayerischen Justizvollzugsanstalten werden regelmäßig sog. Extremismusbekämpfungsbeauftragte eingesetzt. Diese speziell geschulten Bediensteten haben u. a. die Aufgabe, extremistische Rekrutierungs- und Radikalisierungstendenzen zu erkennen, entsprechende Gegenmaßnahmen vor Ort zu unterstützen (bspw. Beobachtung auffälliger Gefangener, Brief- und Besuchsüberwachung) und den Informationsaustausch mit anderen Justizvollzugsanstalten, Sicherheitsbehörden und weiteren Stellen (bspw. Kompetenzzentrum für Deradikalisierung des Bayerischen Landeskriminalamtes, Bewährungshilfe, Ausländerbehörden) zu koordinieren bzw. zu optimieren.

In Justizvollzugsanstalten, in denen noch keine eigenen (Teil-)Dienstposten für Extremismusbekämpfungbeauftragte geschaffen werden konnten, übernehmen geeignete Bedienstete diese zusätzliche Aufgabe.

Ausbau der muslimischen Gefangenen-seelsorge

Wesentlicher Bestandteil der Islamismus- und Salafismusprävention ist ferner der Ausbau von Seelsorgeangeboten auf Grundlage des gemäßigten Islams. Dieser Ausbau wird ebenfalls von der Koordinierungsstelle begleitet. Seit 2016 konnte die muslimische Gefangenen-seelsorge u. a. mit Unterstützung der ZKE erfolgreich weiter ausgebaut werden (von insgesamt 34 muslimischen Seelsorgern im Jahr 2016 auf insgesamt 78 muslimische Seelsorger im Jahr 2022). Besonders erfreulich ist dabei, dass der Ausbau mit verbandsunabhängigen Partnern möglich war. Hierzu zählen insbesondere die Muslimische Seelsorge Augsburg (MUSA), Medina e.V. sowie die Alevitische Gemeinde. Darüber hinaus wurde die Seelsorge durch verbandsunabhängige Einzelpersonen intensiviert.

Zum 1. August 2019 konnte zudem ein verbandsunabhängiger muslimischer Seelsorger als hauptamtlicher Tarifbeschäftigter bei der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld angestellt werden, der zusätzlich auch in weiteren Justizvollzugsanstalten tätig ist.

Über die bereits erreichte Steigerung des Seel-sorgeangebots für muslimische Gefangene hinaus wird der bayerische Justizvollzug auch weiterhin den Ausbau der muslimischen Seelsor-ge vorantreiben.

Betreuungsangebote zur Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen

Darüber hinaus werden Gefangenen weiter-hin mithilfe von geeigneten Behandlungs- und Betreuungsangeboten (z. B. schulische und berufliche Ausbildung, Sozialtherapie, Anti-Ge-walt-Training, einzel- und gruppentherapeutische Maßnahmen) Handlungsalternativen und Pers-pektiven für die Zukunft nach der Haft aufgezeigt, um so einer Beeinflussung und letztlich Rekrutie-rung durch Extremisten entgegenzuwirken.

Neben diesen therapeutischen Angeboten, die auch und gerade für Gefangene mit extremisti-schem Hintergrund geeignet sind, werden im bayerischen Justizvollzug verschiedene Program-me durchgeführt, die im Speziellen auf eine Behandlung extremistischer Straftäter abzielen (z. B. Power for Peace e.V., Projekt „Change: Bildungsprogramm für ideologisch gefährdete Jungen und jungen Männer“; KIM – Kurzinterven-tion zur Motivationsförderung). Ein Fokus liegt dabei auf jugendlichen Inhaftierten, da diese in besonderem Maße für extremistisches Gedan-kengut – gleich welcher Art – anfällig sind. Zusätzlich bestehen, insbesondere auch im Erwachsenenvollzug, weitere therapeutische Angebote für Gefangene mit extremistischem Hintergrund, darunter Anti-Aggressivitäts-Train-ings, Anti-Gewalt-Trainings und Reasoning & Rehabilitations-Programme.



Das Präventionsprojekt „ReStart – Freiheit beginnt im Kopf“ das nun seit 2017 im bayerischen Justizvollzug angeboten wird, konnte erfolgreich in beste-hende Behandlungsangebote

integriert werden und richtet sich vor allem an Gefangene mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrung. Mit dem Projekt wurden bis-her über 2.600 Gefangene erreicht. In eigens für den bayerischen Justizvollzug entwickelten Workshops beschäftigen sich die Gefangenen unter professioneller Anleitung eines speziell

geschulten Projektteams der „Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprä-vention (MIND Prevention)“ mit geteilten Soziali-sationserfahrungen in patriarchalischen Strukturen und anderen bekannten Risikofaktoren für eine Radikalisierung. Dabei setzen sich die Gefangenen mit bestimmten Wertvorstellungen (z. B. patri-archalische Unterdrückung, Gleichberechtigung, Gewalt), Weltbildern (z. B. dualistische Wahrneh-mung „wir“ vs. „sie“) und Kommunikationsmus-tern (z. B. Tabuisierung bestimmter Themen) offen und direkt auseinander. Die Workshops nutzen einen multi-methodischen Ansatz aus Sokratischer Dialog, Geleitetem Entdecken, Peer Education und Kultursensibler Dramaturgischer Pädagogik sowie Elemente der kognitiven Verhaltenstherapie. Kon-troverse Inhalte können so „auf Augenhöhe“ zwi-schen Gleichaltrigen, die teilweise gleiche soziale bzw. kulturelle Hintergründe haben, diskutiert und nachhaltig neue Denkipulse vermittelt werden. Auch wird in vielen Fällen ein Multiplikatoreneffekt erzielt, wonach die Teilnehmenden im Nachgang die erarbeiteten Inhalte in ihre jeweiligen Peer-groups tragen und sie so weiterverbreiten. Auf diese Weise werden Gefangene zum kritischen Denken angeleitet und somit gegenüber islamisti-schen Ideen gestärkt, so dass Radikalisierungsver-suchen der Nährboden entzogen wird.

Ferner erfolgt im bayerischen Justizvollzug eine intensive Zusammenarbeit mit den zuständigen außervollzuglichen Stellen und Behörden zur effektiven Gewährleistung einer begleitenden Betreuung nicht nur vor, sondern auch nach der Haftentlassung. Gefangene erhalten auf diese Weise wirksame Angebote für eine gelingende Resozialisierung. Im Sinne einer umfassenden Koordinierung arbeitet der bayerische Justizvollzug hierbei auch eng und frühzeitig mit maßgeblichen Stellen und Organisationen zusammen, die in der Wiedereingliederung nach der Entlassung tätig sind. Hierzu zählen beispielsweise die Kommunen, die Träger der freien Straffälligenhilfe, die Bundes-agentur für Arbeit, die Zentralen Beratungsstellen für Straftatlassenenhilfe und die Bewährungshilfe.

Zusätzlich steht der bayerische Justizvollzug in einem regelmäßigen und engen Austausch mit Aussteiger- und Deradikalisierungsprogrammen, wie z. B. dem Kompetenzzentrum für Deradikali-sierung beim Bayerischen Landeskriminalamt.

Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe

In der Bewährungshilfe sind in den Dienststellen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren tätig. Diese verfügen über die relevanten Informationen zum Umgang mit radikalisierten Probandinnen und Probanden und haben Kenntnis über den aktuellen Sachstand bei den Vernetzungspartnern wie z. B. dem Justizvollzug, dem Bayerischen Landeskriminalamt, dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz oder dem Verein „Violence Prevention Network gGmbH“. Sie intensivieren die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk, mit den für die Arbeit der Bewährungshilfe bedeutenden Partnern. Sie stehen den Kolleginnen und Kollegen für Informationen zur Verfügung und unterstützen bei der Kontaktaufnahme mit dem Netzwerk.

Für einen möglichst nahtlosen Übergang von der Haft in die Freiheit findet zur Vorbereitung der Entlassung und zur Vorbereitung der Ausgestaltung der Führungsaufsicht in der Regel ein Informationsaustausch zwischen den Beteiligten, wie insbesondere der Staatsanwaltschaft, dem aufsichtführenden Gericht, dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt, dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, dem Justizvollzug und der Bewährungshilfe, statt. Dabei werden insbesondere Erkenntnisse zur Person und dem Umfeld, zum Haftverlauf und den bereits getroffenen Maßnahmen sowie der Entwicklung des Probanden ausgetauscht.

Präventionsangebote des Verfassungsschutzes

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) ist aktiv in der spezifischen Prävention. Hierzu zählen Beratungsgespräche, Vorträge, Workshops und die Schulung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Polizeipersonal, Lehrkräfte, Ausbildungsträger, Fachkräfte im sozialen Bereich, Arbeitgeber und Leitungsgestellte aus der Privatwirtschaft, Personal im Justiz- und Maßregelvollzug, der Bewährungshilfe, der Bezirkskrankenhäuser sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Flüchtlingseinrichtungen und von Landratsämtern. Die Maßnahmen des BayLfV zielen darauf ab, durch eine gezielte Sensibilisierung von spezifischen (Berufs-)Gruppen,

diese zur Unterscheidung zwischen Islamismus und religiösen Erscheinungsformen des Islam zu befähigen und angemessene Reaktionen auf eine mögliche islamistische Radikalisierung zu ermöglichen. Zwischen 2016 und August 2022 wurden rund 620 derartige Veranstaltungen durchgeführt und es konnte ein Zielpublikum von ca. 21.500 Zuhörern erreicht werden.

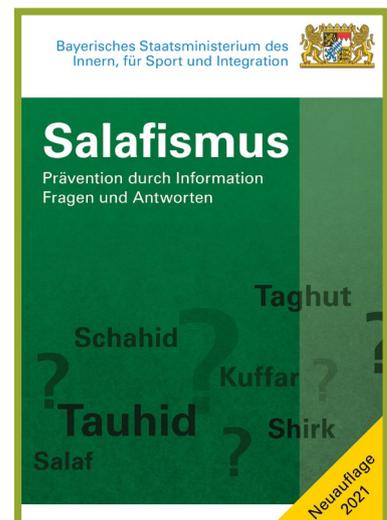
Von Beginn an wurde verstärkt auf eine Zusammenarbeit mit den Bezirksregierungen gesetzt, um eine flächendeckende Beschulung von Fachkräften zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden die Veranstaltungen bayernweit angeboten und entsprechende Schulungen im Bedarfsfall durchgeführt. Zusätzlich hat das BayLfV im März 2019 damit begonnen, örtlich zuständige Jugendämter über das Thema salafistische Sozialisation von Kindern gewaltbereiter Salafisten zu beraten. Die Kinder gelten dabei als schutzbedürftige Opfer einer möglicherweise ideologisch motivierten Erziehung durch radikalisierte Erziehungsberechtigte.

Im Juli 2021 hat das BayLfV das Präventionsangebot um die Themenfelder „Antisemitismus im Islamismus“, „Auslandsbezogener Extremismus“, „Legalistischer Islamismus“ und „Psychisch Auffällige und Einzelattentäter im islamistischen Spektrum“ erweitert. Dies ist einerseits eine Reaktion auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen der vergangenen Jahre, andererseits eine Anpassung an den Bedarf der Zielgruppen. Die Aufklärungs- und Beratungsgespräche dienen primär dazu, die Verantwortlichen der Einrichtungen und Behörden für die Thematiken zu sensibilisieren, ihnen die Angebote des Bayerischen Netzwerks gegen Salafismus gezielt zu unterbreiten und konkrete Ansprechpartner bei Beratungsbedarf zu benennen.

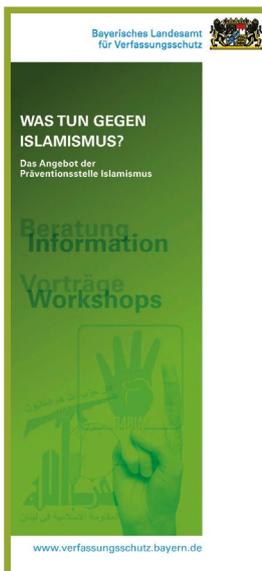
Neben der sicherheitsbehördlichen Beobachtung und Auswertung verfassungsfeindlicher Aktivitäten im Internet ist das BayLfV auch im Bereich der Aufklärung und Sensibilisierung bezüglich extremistischer Gefahren im Netz aktiv.



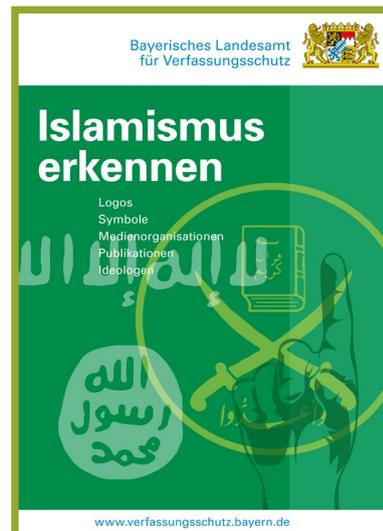
Seit 2017 klären kurze Videos in der Reihe „10 Tipps, wie du dich nicht verarschen lässt“ über die Gefahren von Manipulation und Radikalisierung im Internet und in sozialen Medien auf. Mit dem Kurzfilm „Lass dich nicht verarschen – Dieses Mal von Salafisten“ will das BayLfV dazu beitragen, den aus salafistischer Propaganda erwachsenden Gefahren für den Einzelnen entgegenzuwirken und Nutzerinnen und Nutzern zehn Tipps an die Hand geben, wie sie durch umsichtiges Verhalten vermeiden können, selbst in die Fänge von Salafisten zu geraten. Insbesondere junge Menschen sollen gegen salafistische Anwerbestrategien sensibilisiert werden. Denn junge Menschen bilden die Hauptzielgruppe salafistischer Propaganda und Rekrutierungsaktivitäten. Abrufbar unter www.verfassungsschutz.bayern.de/meta/video/



Die vom Bayerischen Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem BayLfV in 2014 veröffentlichte Broschüre „Salafismus – Prävention durch Information“ ist seit Mitte 2017 in mehreren Sprachen erhältlich. 2021 wurde die Broschüre inhaltlich komplett überarbeitet und durch neue Inhalte (z. B. Antisemitismus und Verschwörungsmymen im Salafismus) ergänzt. Die Broschüre klärt über den Salafismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen auf, benennt Anlaufstellen für Betroffene und will dazu beitragen, Propaganda des Salafismus als solche zu erkennen und die damit verbundenen Gefahren abzuwehren. Die Broschüre ist im offiziellen Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung bestellbar und abrufbar unter www.bestellen.bayern.de.



Mit dem Flyer „Was tun gegen Islamismus?“ informiert die Präventionsstelle Islamismus des BayLfV über ihre thematisch vielfältigen Sensibilisierungs-, Beratungs- und Fortbildungsformate. Die Präventionsstelle steht an den Standorten München und Nürnberg für Anfragen aus ganz Bayern zur Verfügung. Dem im Zuge der „Coronakrise“ gestiegenen Bedarf an digitalen Angeboten trägt die Präventionsstelle zudem mit verstärkten Online-Präventionsangeboten Rechnung. Abrufbar unter www.bestellen.bayern.de



Darüber hinaus stellt die 2018 veröffentlichte Broschüre des BayLfV mit dem Titel „Islamismus erkennen“ die wichtigsten Organisationen, Symbole, Publikationen und Akteure des islamistischen Spektrums dar und klärt über deren Hintergründe und Bedeutung auf. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf Logos, Bildern und Symbolfiguren, die allesamt eine hohe Wirkkraft auf Anhänger islamistischer Gruppierungen entfalten. Zweck der Broschüre ist es, dem Leser eine wichtige Grundkompetenz zum möglichst frühzeitigen Erkennen von Radikalisierungsprozessen und extremistischen Gefahren zu vermitteln. Diese Zusammenstellung ist in Form und Umfang einzigartig in Deutschland und wurde deshalb bereits durch mehrere aktive Akteure der Präventionsarbeit auch außerhalb Bayerns angefordert. Eine Neuauflage der Broschüre wird 2023 erscheinen. Abrufbar unter www.bestellen.bayern.de

Das seit 2001 eingerichtete Hinweistelefon für eine zentrale und vertrauliche Aufnahme von Hinweisen zu radikalisierten bzw. sich radikalisierenden Personen wurde ab Herbst 2014 auf das Thema Prävention und ab Anfang 2016 für Beratungsangebote und Hinweisaufnahmen im Bereich der Flüchtlingsarbeit erweitert. Das Hinweistelefon ist unter der Telefonnummer **089 31 20 14 80** oder per E-Mail erreichbar: islamismuspraevention@lfv.bayern.de

DERADIKALISIERUNG

Ziel der Deradikalisierungsarbeit ist es, eine Eigen- und Fremdgefährdung zu verhindern, die Abkehr von extremistischem Handeln und Denken zu fördern und eine Stabilisierung der Persönlichkeit zu bewirken. Dabei handelt es sich um ein einzelfall- und personenorientiertes Konzept, in dem individuelle Maßnahmen auf den Einzelfall entwickelt und angewandt werden.

Deradikalisierung ist angezeigt, wenn bei einer Person Radikalisierungsanzeichen erkennbar sind oder aber auch eine Radikalisierungsgefährdung beispielsweise aufgrund verschiedener Umfeldfaktoren vorliegt. Um geeignete Maßnahmen zu entwickeln, bedarf es der Identifizierung geeigneter Interventionsfenster und der Motivation zur Verhaltens- und Einstellungsveränderung des Betroffenen. Neben der direkten Arbeit mit dem Betroffenen ist auch beispielsweise die Beratung des sozialen Umfelds denkbar.

Hierzu bedarf es der

- frühzeitigen Identifizierung von Personen, die sich radikalieren bzw. konkret radikalierungsgefährdet sind,
- Unterstützung von radikalisierten Personen, einen gewalt- und straffreien Weg zu finden (Disengagement),
- Herauslösung dieser Personen aus dem extremistischen Umfeld,
- möglichst vollständigen Abwendung von extremistischen Ideologien.

Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt

Im Rahmen von Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung wurde zum 1. September 2015 im Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA) das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung eingerichtet.

Das Kompetenzzentrum im BLKA ist in Fragen der Deradikalisierung vor allem Ansprechpartner für Behörden in Bayern und arbeitet eng mit anderen Sicherheitsbehörden, der Justiz sowie zahlreichen weiteren Akteuren zusammen. Es betreibt hierbei eine eigene Hotline (089 12 12 1999), die inzwischen zunehmend genutzt wird. Darüber hinaus nimmt es strukturierte Analysen und Bewertungen von gemeldeten Sachverhalten zur Prüfung geeigneter Interventionsmaßnahmen sowie sicherheitsrelevanter Aspekte vor. Zudem finden fallbezogene Beratungen von thematisch betroffenen Personenkreisen, z. B. Flüchtlingshelferinnen und -helfern, statt. Bei Deradikalisierungsfällen mit Sicherheitsrelevanz nimmt das Kompetenzzentrum die koordinierende Rolle ein und setzt Impulse für ggf. erforderliche weitere Maßnahmen.

Durch die multiprofessionelle und interdisziplinäre Aufstellung des Kompetenzzentrums, beispielsweise durch Islamwissenschaftler, eine Psychologin und Polizeibeamtinnen und -beamte, können für den jeweiligen Einzelfall passgenaue Maßnahmenpakete entwickelt werden. Hierbei werden vor allem die Vorteile eines kombinierten Ansatzes von polizeilichem Fachwissen, ergänzt durch die Expertise aus den Bereichen Psychologie, Islamwissenschaften und sozialpädagogischen Erfahrungen deutlich.



Darüber hinaus wurde bei jedem Polizeipräsidium ein dezentraler Deradikalisierer benannt. Ziel dieser dezentralen Deradikalisierung ist insbesondere die frühzeitige Identifizierung sog. sicherheitsrelevanter Sachverhalte. Resultierend aus den Erfahrungen der bisherigen Prüffälle und konkret bearbeiteten Deradikalisierungsfälle wurde vor allem deutlich, dass je früher geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, eine umso höhere Erfolgsquote erzielt werden kann.

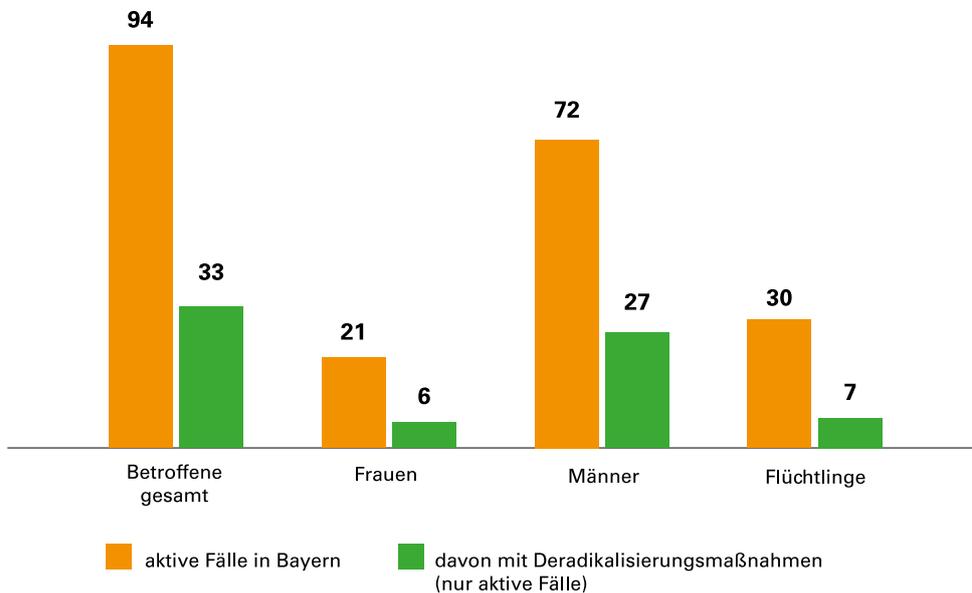
Neben der Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen von Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus umgesetzt wird, ist das Kompetenzzentrum für die polizeiinterne Aus- und Fortbildung zur Thematik verantwortlich. Weiterhin werden durch das Kompetenzzentrum anlassbezogen vertrauensbildende Maßnahmen mit muslimischen Einrichtungen im Zusammenhang mit Deradikalisierung koordiniert und im Einzelfall unterstützt.

Angesichts der besonderen Herausforderungen hat sich das Kompetenzzentrum seit seinem Bestehen konsequent fachlich und konzeptionell weiterentwickelt. Hierzu zählen vor allem die Radikalisierung von jungen Menschen, Flüchtlingen und JVA-Insassen sowie der Umgang mit Rückkehrsachverhalten aus Kriegs- und Krisengebieten. Insbesondere für die zuvor genannten Gruppen wurden spezielle Handlungsstrategien und Kompetenzen entwickelt. Besonderes Augenmerk legt das Mitarbeiterteam des Kompetenzzentrums auf die frühzeitige Einbindung von vorhandenen Regelstrukturen und die abgestimmte Koordination der eingeleiteten Maßnahmen in sicherheitsrelevanten Fällen.

Angesichts der inzwischen gesammelten Erfahrungen, Erkenntnissen und Daten initiiert und unterstützt das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung die wissenschaftliche Begleitung bzw. hat bereits eigene Forschungsprojekte abgeschlossen.

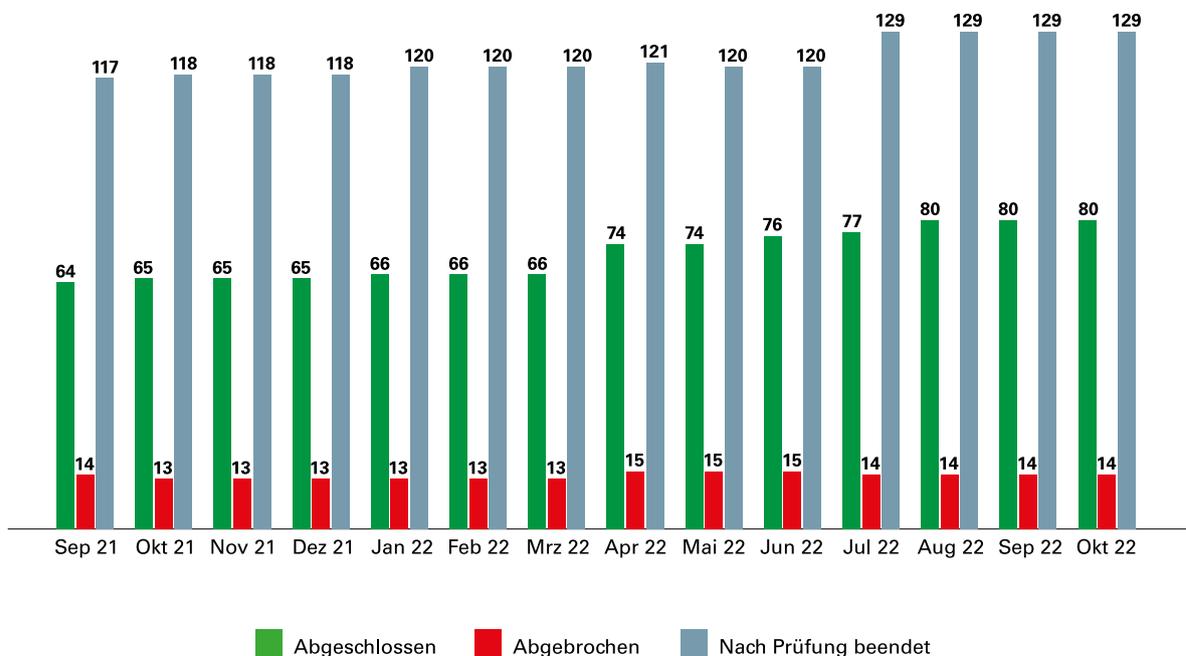
Fallzahlen

Aktuelle Fallzahlen im BLKA/KomZ (Stand: Oktober 2022)



Das Schaubild zeigt die im BLKA/KomZ bearbeiteten sicherheitsrelevanten Fälle (Balken „orange“) sowie die sicherheitsrelevanten Sachverhalte, in denen deradikalisierende Maßnahmen eingeleitet sind und koordiniert werden (Balken „grün“).

Entwicklung der beendeten Deradikalisierungsfälle



Das Schaubild zeigt die im BLKA/KomZ erfolgreich abgeschlossenen Fälle (grüner Balken; Anmerkung: Als „abgeschlossen“ werden ausschließlich Sachverhalte definiert, in denen eine nachhaltige Abwendung vom Extremismus festgestellt worden ist), die abgebrochenen Fälle (z. B. der Betroffene lehnt weitere Beratung ab – roter Balken) sowie die nach Prüfung beendeten Fälle (z. B. keine Radikalisierung erkennbar oder kein Zugang möglich – blauer Balken).

Beratungsstelle VPN



Das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im BLKA kooperiert mit dem zivilgesellschaftlichen Träger „Violence Prevention Network gGmbH“ (VPN). Dieser betreibt eine Beratungsstelle in Bayern, die mit dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung zusammenarbeitet und allen Bürgern als Ansprechpartner für Fragen der Deradikalisierung zur Verfügung steht. VPN bietet neben der Beratung von Angehörigen auch Beratungsmaßnahmen und Ausstiegsprogramme für radikalierungsgefährdete und bereits radikalisierte Personen an.

Zu den Angeboten gehören:

- Beratung für Angehörige
- Beratung, Begleitung und Training für radikalierungsgefährdete junge Menschen, bevor sie straffällig werden
- Schlichtende Maßnahmen in Fällen einer beginnenden Radikalisierung (intervenierende Maßnahmen)
- Ausstiegsbegleitung: Beratung und Dialog mit Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrerinnen und Rückkehrern (z. B. aus Syrien)

Deradikalisierung im Justizvollzug

Islamisten bzw. Salafisten versuchen gezielt, im Gefängnis potenzielle Kandidaten für ihre extremistische Ideologie und den Jihad anzuwerben. Dieses Phänomen ist nicht neu. Schon in der Vergangenheit wurden daher im bayerischen Justizvollzug umfassende Maßnahmen ergriffen, um eventuelle Radikalisierungstendenzen von Gefangenen rechtzeitig zu erkennen und diesen möglichst wirksam zu begegnen.

Die Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus im Justizvollzug steht als direkter Ansprechpartner betroffenen Justizvollzugsanstalten zur Verfügung, um diese im Umgang mit islamistischen Verdachtsfällen zu begleiten und darüber hinaus bei der Koordinierung des Informationsaustausches zu unterstützen. Zusammen mit Ansprechpartnern des Kompetenzzentrums für Deradikalisierung und des zivilgesellschaftlichen Partners VPN wird geprüft, ob bzw. wie eine Intervention oder Deradikalisierung des betroffenen Gefangenen erfolgen kann und welche speziellen Behandlungs- und Betreuungsangebote des bayerischen Justizvollzugs solche Maßnahmen zur Deradikalisierung unterstützen können.

VPN unterstützt radikalisierte bzw. gefährdete Insassen mit dem Anti-Gewalt- und Kompetenztraining AKT® und durch Angebote zur Ausstiegsbegleitung.

Die Koordinierung der Deradikalisierungsmaßnahmen der im Justizvollzug identifizierten Radikalisierungssachverhalte übernimmt ebenfalls das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung.



Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung
gegen Salafismus im Internet unter:

www.antworten-auf-salafismus.de



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon **089 12 22 20** oder per E-Mail unter **direkt@bayern.de** erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
Odeonsplatz 3 | 80539 München

Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Justizpalast am Karlsplatz
Prielmayrstraße 7 | 80335 München

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Salvatorstraße 2 | 80335 München

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Winzererstraße 9 | 80797 München

Bildnachweis: trio-group münchen GmbH

Gedruckt auf: Umweltzertifiziertem Papier (FSC, PEFC oder vergleichbares Zertifikat)

Gestaltung: CMS – Cross Media Solutions GmbH, aktualisiert durch IKW team GmbH, München

Stand: Oktober 2022

Artikelnummer 03200058

HINWEIS

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Die Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts kann dessen ungeachtet nicht übernommen werden.

Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Personenbezeichnung verzichtet. Die Verwendung der männlichen Form schließt die weibliche Form mit ein.

www.antworten-auf-salafismus.de